



Ausländerbeirat München

Vielfalt leben – Integration fördern



Pressemitteilung / 20.01.2012

des Ausländerbeirates der Landeshauptstadt München
Burgstraße 4, 80331 München, Telefon: (0 89) 2 33-2 15 98, Fax: (0 89) 2 33-2 44 80,
www.auslaenderbeirat-muenchen.de / www.besser-integrieren.de

Musste es erst zum Hungerstreik kommen? Wie laut muss man nach Hilfe rufen, bis man sich Gehör verschafft?

Seit vorletztem Wochenende befanden sich ungefähr 60 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Bayernkaserne in München im Hungerstreik. Nachdem der Ausländerbeirat hiervon am 10.01.2012 Kenntnis erlangte, beschloss er, vertreten durch seinen Ausschuss für Ausländer- und Zuwanderungsrecht mit Rassismus, Diskriminierung und Flüchtlingspolitik (Ausschuss 4), die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der Bayernkaserne zu besuchen und ihnen in dieser Situation beizustehen.

Hierfür bat der Ausländerbeirat München die Regierung von Oberbayern den Besuch der neun Mitglieder des zuständigen Ausschusses 4 für den 12. bzw. 13. Januar zu genehmigen. Die Regierung von Oberbayern lehnte diesen Terminwünsche jedoch ab und verwies den Ausländerbeirat auf die Möglichkeit eines Besuches erst am 18.01.2012 für nur 1 bis 3 Personen. Auch die Presse wurde nicht zugelassen.

Mit Schreiben vom 12.01.2012 wandte sich der Ausländerbeirat erneut an die Regierung von Oberbayern und brachte deutlich zum Ausdruck, dass ein sofortiger Besuch aufgrund der herrschenden Situation von besonderer Wichtigkeit ist, da die drastischen Maßnahmen der Jugendlichen Unterstützung und Beistand gerade zu diesem Zeitpunkt erforderlich machten und nicht erst bei dem von der Regierung von Oberbayern angebotenen Termin nach einer Woche. Der Ausländerbeirat machte deutlich, dass eine seiner Hauptpflichten darin besteht, die Interessen dieser unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu vertreten, die er nicht ordnungsgemäß erfüllen kann, wenn ihm der Kontakt zu den Flüchtlingen gerade in derartigen Situationen nicht ermöglicht wird.

Auch teilte der Ausländerbeirat der Regierung von Oberbayern mit, dass im Hinblick auf seine Arbeit in den nächsten fünf Jahren die Probleme der Flüchtlinge ganz besonders im Vordergrund stehen und dass es daher von besonderer Wichtigkeit ist, dass sich jedes einzelne Mitglied des zuständigen Ausschusses 4 einen Einblick in die konkrete Situation der Flüchtlinge vor Ort verschafft. Nur so kann der Ausschuss in Zukunft effektiv arbeiten und die Flüchtlinge bei all ihren Problemen tatkräftig unterstützen.

Der Ausländerbeirat bat daher nochmals ausdrücklich darum, allen Mitgliedern des Ausschusses 4, einen Besuch der Jugendlichen am 13.01.2012 zu genehmigen.

Erneut wurde der Besuch des Ausländerbeirats am 13.01.2012 seitens der Regierung von Oberbayern abgelehnt. Als Begründung führte die Regierung von Oberbayern an, dass die Innere Mission München (IMM), die die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge betreut, der Auffassung sei, dass die Jugendlichen aktuell vor allem der Ruhe bedürfen, was mit einer Forderung der Jugendlichen nach mehr Ruhe in der Bayernkaserne korrespondiere. Zudem sollte am Mittwoch, den 18.01.12 um 13 Uhr ein Besichtigungstermin stattfinden, den die Regierung von Oberbayern dem Ausländerbeirat vorbehaltlich der weiteren Entwicklung

noch einmal anbot.

Daraufhin kontaktierte der Ausländerbeirat einen Sprecher der streikenden Flüchtlinge, um zu erfahren, ob die Ablehnung der Besuchserlaubnis auf einen Wunsch der Jugendlichen nach "Ruhe" zurückzuführen sei. Dies wurde seitens des Sprechers eindeutig verneint.

Daher wandte sich der Ausländerbeirat über seine Vorsitzende an die Innere Mission München, in der Hoffnung auf eine Einigung für einen alternativen Besuchstermin am Montag, den 16.01.2012. Die Innere Mission München äußerte sich dahingehend, dass, da für Montag Gespräche angesetzt waren, über deren zeitlichen Verlauf keine Prognosen abgegeben werden können, ein Besuch in der Bayernkaserne tatsächlich erst am 18.1.2012 möglich sei.

Die Jugendlichen beendeten nach den Gesprächen am Montag, den 16.01.2012 den Hungerstreik.

Letztendlich wurde sechs Mitgliedern des Ausländerbeirats „unter Vorbehalt“ genehmigt, die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge tatsächlich erst am 18.01.2012 zu besuchen, was diese auch taten.

Als Vertreter der Interessen der in München lebenden Migranten, zu denen selbstverständliche auch die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge gehören, begrüßen wir zwar die Tatsache, dass die Forderungen dieser Flüchtlinge zum Teil Gehör gefunden haben, bedauern aber, dass unsere Arbeit dadurch verhindert wurde, dass uns der Kontakt zu den Flüchtlingen, nicht früher ermöglicht wurde, was laut Aussage der Regierung von Oberbayern auf die Auffassung der Inneren Mission München zurückzuführen ist.

Der Ausländerbeirat München appelliert daher an die Regierung von Oberbayern, ihm seine Arbeit in Zukunft zeitnah zu ermöglichen.

Der Ausländerbeirat München appelliert an die Regierung von Oberbayern und die Innere Mission München, die zugesprochenen Forderungen der minderjährigen Flüchtlinge ernsthaft zu behandeln und umzusetzen.

Der Ausländerbeirat München ist ein politisches Gremium, bestehend aus 40 nichtdeutschen oder eingebürgerten und zehn beratenden Mitgliedern. Er vertritt ehrenamtlich die politischen Interessen der ca. 300.000 in München lebenden Migrantinnen und Migranten. Die Vorsitzende ist Nükhet Kivran. Informationen über die Arbeit des Ausländerbeirates finden sich auf www.auslaenderbeirat-muenchen.de und www.besser-integrieren.de.